



Trumps Woche

Es gibt auch schöne Momente im Leben von Donald Trump. Sie mögen rar sein zwischen dem ganzen Ärger um die Russlandaffäre, den schlechten Umfragewerten und dem Gerangel um Obamacare – die lästige demokratische Gesundheitsreform, die trotz aller republikanischen Mühen einfach nicht verschwinden will. Auch vergangene Woche nicht, als die Republikaner gleich zweimal daran scheiterten, für den Senat die erforderliche Mehrheit zusammenzubekommen.

Aber manchmal stimmt einfach alles. Zum Beispiel bei Trumps Besuch in Paris anlässlich der Feiern zum französischen Nationalfeiertag. Die Militärparade vor dem Triumphbogen, die Uniformen, die Flugzeuge, das Essen im Eiffelturm mit den Macrons. „Das war super-duper“, sagte Trump der „New York Times“ vom Donnerstag. Die Parade gefiel ihm so gut, dass er am liebsten in Washington auch selbst so eine hätte. Der Antwort auf die große Frage, was sein Sohn Donald Jr während des Wahlkampfes eigentlich von der russischen Anwältin gewollt habe, mit der er sich traf, weicht er im selben Interview selbstverständlich aus. Auch, dass er Geschäfte mit Russen gemacht habe, streitet er ab. Einmal wirkt es fast, als wäre Donald Trump im Amt gereift: Da gibt er zu, dass politische Entscheidungen viel Zeit brauchten. Doch als er sich damit brüstet, seine Rede in Polen sei die beste Rede gewesen, die ein amerikanischer Präsident je im Ausland gehalten habe, ist er wieder ganz Trump. Ein Fünfjähriger, der Militärflugzeuge „super-duper“ findet.

Spanien Polizeiungehorsam

Zweieinhalb Monate vor dem geplanten Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens geht die Regionalregierung auf Konfrontationskurs mit dem spanischen Staat. Der katalanische Ministerpräsident Carles Puigdemont säuberte Anfang der Woche sein Kabinett von Zweiflern, die auf Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Volksabstimmung hingewiesen hatten. Denn das Plebiszit verstößt gegen die spanische Verfassung. Den Verantwortlichen droht nicht nur der Verlust der politischen Ämter, sie müssten auch für entstandene Kosten haften. Auch der Chef der regionalen Polizei wurde ausgetauscht. Der

neue, ein Separatist und Verfechter des Referendums, soll die Beamten mündlich angewiesen haben, sich nicht an der Verfassung, sondern an den „Gesetzen des Moments“ zu orientieren. Das hieße, dass die katalanische Polizei die Justizurteile nicht ausführt. Falls sich Polizisten künftig weigern, etwa die Aufstellung von Wahlurnen zu unterbinden, müsste die Zentralregierung in Madrid reagieren. Dann könnten die Institutionen der autonomen Region unter direkten Befehl Madrids gestellt werden. Politische Beobachter glauben, dass genau dies das Ziel der Separatisten ist. Denn nach solchen autoritären Eingriffen würde die Zustimmung der Katalanen für die Abspaltung steigen. hzu



Katalanische Polizisten in Barcelona

Zentralafrikanische Republik Vernachlässigter Konflikt

In den vergangenen drei Monaten sind in der Zentralafrikanischen Republik mehr als 100 000 Menschen vor den massiven Kämpfen zwischen muslimischen Seleka-Rebellen und christlich-animistischen Milizen geflohen. Beide Seiten brachen mehrfach einen im Juli 2014 ausgehandelten Waffenstillstand, nun droht das Land in den grausamen Bürgerkrieg zurückzufallen.

„Der Vertrag brachte Hoffnung, aber diese Hoffnung ist durch neue Gewalt zerstört worden“, warnt Eric

Batonon, Landesdirektor des Norwegian Refugee Council. Der Konflikt, an dem insgesamt 14 bewaffnete Gruppen beteiligt sind, hat verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung. Die norwegische Hilfsorganisation schätzt



Flüchtlinge in Zentralafrika

die Zahl der Binnenvertriebenen auf eine halbe Million, eine weitere halbe Million sei ins benachbarte Ausland geflohen. Mehr als 2,2 Millionen Menschen – nahezu die Hälfte der Einwohner – seien unterdessen auf Nothilfe angewiesen.

Die internationale Gemeinschaft schenke dieser Tragödie zu wenig Aufmerksamkeit, klagen die Helfer. Deswegen seien in diesem Jahr nicht einmal 30 Prozent der Gelder eingegangen, die für den humanitären Einsatz dringend benötigt würden. Der Bürgerkrieg im Zentrum Afrikas sei derzeit „der am stärksten vernachlässigte Konflikt der Welt“. ill



REUTERS

GETTY IMAGES

ISSOUF SANOGO / AFP